

Arm trotz Arbeit?

Zum Verhältnis von Armut und Beschäftigung in Hessen

Die aktuellen Statistiken zu Armut und Arbeitslosigkeit scheinen zu belegen: Im EU-Vergleich ist Deutschland das „gelobte Land“ geringster Arbeitslosenquoten; im Bundesländervergleich kann Hessen geringe Armutsgefährdungs- und SGB II-Quoten vorweisen.

Der differenzierte Blick auf die Zahlen und Fakten auf EU-, Bundes- und hessischer Landesebene offenbaren jedoch, dass jene „Plätze an der Sonne“ lange Schatten werfen.

Als die Bundesagentur für Arbeit die Arbeitslosenstatistik für den Dezember 2011 veröffentlichte, überschlugen sich die euphorischen Jubelrufe vom epochalen Rekordtief der Arbeitslosenzahlen, die unter die magische Grenze von 3 Mio. gesunken waren. Tatsächlich steht Deutschland im EU-Vergleich vorbildlich da, kann mit den niedrigsten Arbeitslosenzahlen und auch geringster Jugendarbeitslosigkeit im Euroraum aufwarten, scheint also volkswirtschaftlich das Unmögliche möglich gemacht zu haben: Aufschwung in Zeiten von Finanz- und Schuldenkrise!

Dass die Arbeitslosenstatistik nicht jene Aussagekraft hat, die suggeriert werden soll, indem sie z. B. Personen in Beschäftigungsmaßnahmen und solche ab 58 Jahren, die länger als ein Jahr auf Jobsuche sind, überhaupt nicht aufführt, konnte die medialen Erfolgsmeldungen kaum trüben. Aber spätestens im internationalen Vergleich anderer sozio-ökonomischer Messgrößen relativiert sich die Rolle Deutschlands als europäischer Klassenprimus alsbald:

In keinem anderen Land der EU ist das Armutsrisiko arbeitsloser Menschen aufgrund der relativ kurzen Bezugsdauer von Arbeitslosengeld mit 70 Prozent so hoch wie in Deutschland, während im EU-Durchschnitt 45 Prozent der erwerbslosen Menschen von Armut gefährdet waren.

Dass die OECD im Dezember 2011 nahezu zeitgleich zur Veröffentlichung der Arbeitslosenstatistik auch noch feststellte, dass die Einkommensungleichheit in Deutschland seit 1990 erheblich stärker gewachsen ist als in vielen anderen OECD-Staaten, ist nur ein weiterer Beleg für die Diagnose zahlreicher Sozialforscher: Die Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland wird größer, volkswirtschaftliche Prosperität und konjunkturelle Aufwärtsbewegungen verteilen sich ungleichmäßig zugunsten der bereits Einkommensstarken der Gesellschaft.

Wie dieses Phänomen geteilten Reichtums und elitären Aufschwungs in Deutschland entstehen kann, erkennt, wer sich die Erwerbstätigenzahlen des „Jobwunders Deutschland“ genauer anschaut: überproportionale Zunahme der Teilzeitbeschäftigungsver-

hältnisse und Anstieg des Niedriglohn- und Leiharbeitssektors sowie befristeter Arbeitsverhältnisse!

Werfen wir einen dezidierten Blick auf das wirtschaftsstarke Hessen, schneidet es laut Armutsbericht des PARITÄTISCHEN Gesamtverbands im gesamtdeutschen Vergleich der Armutsgefährdungs- und SGB II-Quoten erwartungsgemäß zunächst gut ab: Bezogen auf die Armutsgefährdungsquote muss sich Hessen mit 12,1 Prozent nur Bayern und Baden-Württemberg mit niedrigeren Gefährdungsquoten geschlagen geben. Was die SGB II-Quote angeht, rangiert Hessen mit einer ebenfalls geringen Quote von 8,4 Prozent hinter Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz.

Der Blick ins Innere zeugt vom bereits bekannten Gefälle innerhalb Hessens:

Armutsgefährdungsquoten innerhalb Hessens 2010

Mittelhessen	14,1
Nordhessen	15,5
Osthessen	14,5
Rhein-Main	10,5
Starkenburg	10,9

Im wirtschaftsstarken Rhein-Main-Gebiet sind lediglich 10,5 Prozent der Bevölkerung von Armut gefährdet, während der strukturschwache Norden mit 15,5 Prozent mit einer sehr hohen Gefährdungsquote konfrontiert ist, die über dem bundesdeutschen Schnitt von 14,5 Prozent liegt und sich durchaus mit dem Gefährdungspotenzial einiger ostdeutscher Problem-Regionen messen lassen kann. Und dennoch: Wie die unten abgebildete Grafik zeigt, steht Hessen im Bundesländer-

Ranking gut da, die Entwicklung der Armutsgefährdungs- und SGB II-Quoten in Hessen zwischen 2005 und 2011 haben sich kaum merklich verändert und zeugen damit von einer gewissen Konstanz.

Niedriglohn und Teilzeitarbeit

Die jüngste Studie des IAB, der Forschungseinrichtung der Bundesagentur für Arbeit, bestätigt allerdings den frappierenden Trend der zuneh-

menden Einkommensungleichheit und des Anstiegs atypischer Beschäftigungsverhältnisse auf Bundesebene auch für Hessen: Während 1999 noch 14,4 Prozent der hessischen Erwerbstätigen für einen Niedriglohn arbeiteten, taten dies 2010 bereits 19,2 Prozent. In 2010 befand sich in Hessen jeder Vierte (560.000 Personen) in jenen atypischen Beschäftigungsverhältnissen, 2000 war es noch jeder Fünfte (440.000 Personen), was eine Steigerungsrate von 27 Prozent bedeutet.

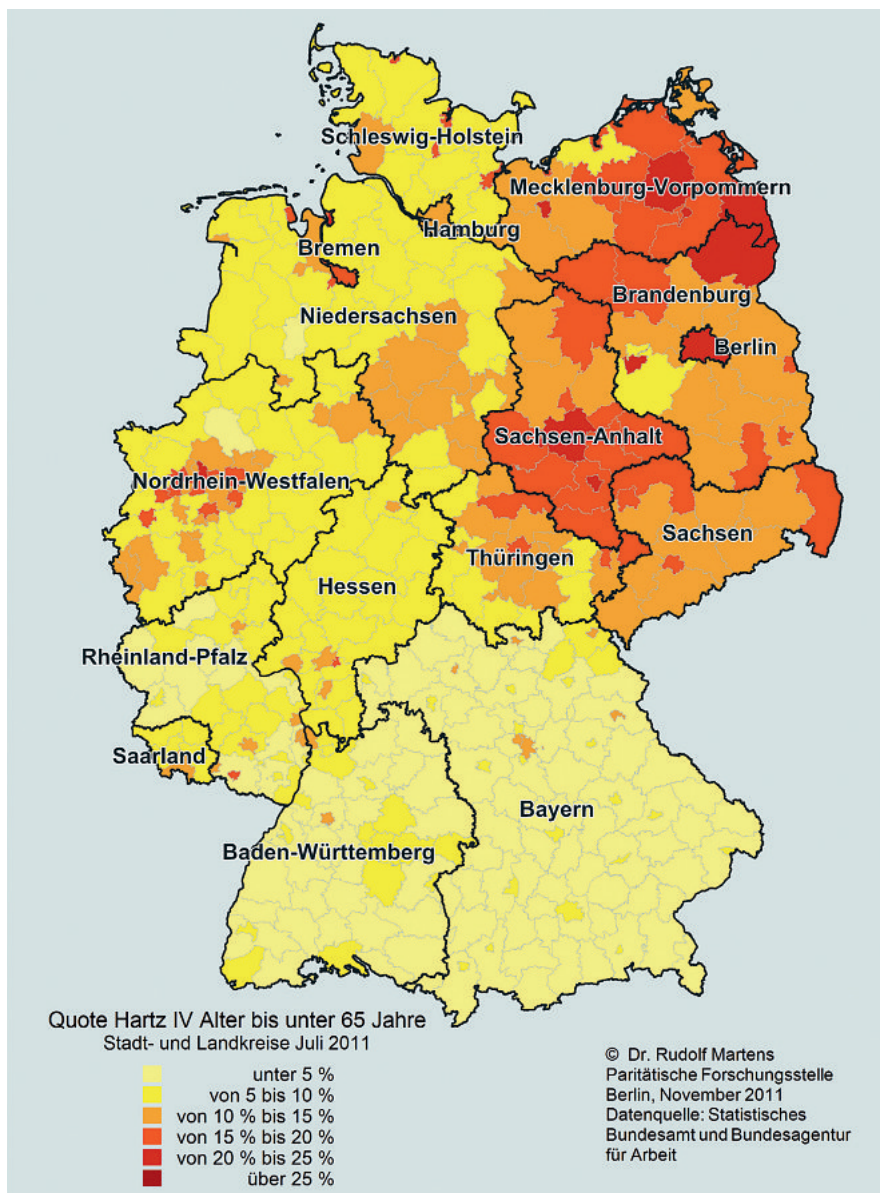
Gegen eine vereinfachend optimistische Situationsanalyse der Stabilität sprechen weitere symptomatische Entwicklungen, die mindestens auf Stagnation, wenn nicht sogar eine Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in Hessen hindeuten. So meldete das Statistische Landesamt in Wiesbaden Anfang Februar 2012, dass immer mehr Menschen in Hessen einen Zweitjob haben. Seit 2005 stieg die Zahl der Zweitjobber in 2010 um ein Viertel, von 100.000 auf 126.000 Personen. Zunehmend sind hoch qualifizierte Personen in mehr als einem Arbeitsverhältnis tätig.

Dieser Trend, der sich auch für die Bundesebene bestätigt, ist eindeutig auf die genannte Zunahme von Teilzeitarbeit zurückzuführen. Er ist ein Beleg dafür, dass der Anteil jener, die von ihrem Haupteinkommen nicht mehr auskömmlich leben können, stetig wächst. Gleichzeitig verweist er darauf, dass eine gute Ausbildung offensichtlich nicht mehr zwangsläufig der Garant für ein existenzsicherndes Erst-Einkommen ist.

Und wenn um den Jahreswechsel 2011/12 die Hessischen Tafeln eine massive Nachfragesteigerung seit 2007 um 57 Prozent vermelden - was nichts anderes bedeutet, als dass mittlerweile über 60.000 Menschen (2007: 40.000) in Hessen auf Tafelspenden angewiesen sind -, ist auch für Hessen klar:

Niedrige Armutsgefährdungs- und Arbeitslosenquoten sowie hohe Konjunk-

Armutsverteilung in Deutschland - geografisch -



turdaten sind längst nicht mehr verbunden mit existenzsichernden Beschäftigungsverhältnissen.

Arbeit um jeden Preis?

Die Meinungen zu dieser Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt gehen auseinander: Bundes- und Landesregierung sowie Unternehmerverbände propagieren vorbehaltlos, dass Arbeit unabhängig von ihrer Qualität und ihren Rahmenbedingungen dem Zustand der Arbeitslosigkeit eindeutig vorzuziehen sei. Schließlich sei insbesondere nach einer Phase der Erwerbslosigkeit jede Form der Beschäftigung eine Chance, wieder Fuß zu fassen auf dem Arbeitsmarkt.

Für den Niedriglohnbereich stellt die Mehrzahl der wissenschaftlichen Untersuchungen allerdings fest, dass die Niedriglohnbeschäftigung nur für einen sehr kleinen Teil der Betroffenen ein Sprungbrett in besser bezahlte Tätigkeiten darstellt. Auch der erwartete „Klebeffekt“ für LeiharbeiterInnen und „Ein-Euro-JobberInnen“ hat sich bei Weitem nicht in der erhofften Wirkungskraft realisiert. Darüber hinaus führen niedrige Gehälter zu jährlich steigenden Zahlen von sogenannten AufstockerInnen, beschäftigten Personen, die auf ergänzende SGB II-Leistungen angewiesen sind, um nicht nur „in Lohn“, sondern auch „in Brot“ zu stehen. Unter diesen sind zwar einige Selbstständige, aber auch zahlreiche Teilzeitangestellte, Mini-JobberInnen und LeiharbeiterInnen.

Die Tendenz des zunehmenden Aufstockens wird nicht nur von der Bundesagentur für Arbeit kritisch beäugt, vermutet man doch hier eine gezielte Strategie vieler Unternehmen, die eigenen Lohnkosten so gering wie möglich zu halten: In den Chefetagen weiß man nur zu gut, dass die gezahlte Dumping-Löhne staatlich subventioniert werden. Also: Auch niedrig bezahlte und prekäre Beschäftigungsverhältnisse haben ihren Preis - kostengünstig für die Unternehmen, kom-

men sie die Menschen und den Sozialstaat teuer zu stehen!

Die Erkenntnisse, die wir aus dieser Flut an unterschiedlichen Informationen ziehen können, sind vielfältig. Arbeit um jeden Preis? Offensichtlich ja - und dieser Preis fällt stetig. Von einem deutschen Job“wunder“ zu sprechen, ist also mindestens beschönigend bis unangemessen: Insbesondere die starke Zunahme der Teilzeitarbeit belegt, dass wir es nicht zwingend mit einem erheblichen Mehr an Arbeit zu tun haben, sondern die zusätzlichen Arbeitsplätze einem höheren Verteilungsschlüssel unterliegen, zuungunsten existenzsichernder Arbeitsverhältnisse.

Fassen wir zusammen:

- Wirtschaftswachstum bei gleichzeitiger Verschärfung der Einkommensungleichheit, von der hauptsächlich die ohnehin Einkommensstarken profitieren,
- Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse
- und sich verhärtende Armutsgefährdung.

Die Folgen für die Zukunft

Offensichtlich kanalisiert sich die volkswirtschaftliche Prosperität in ei-

ner Einbahnstraße zu einem „Aufschwung der Einkommens-Eliten“, der gesamtwirtschaftliche Mehrwert kommt nicht unten an. In einem sozialstaatlich und solidarisch verfassten Gemeinwesen gilt dies nicht nur als ungerecht, sondern ist zudem bedrohlich - nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft.

Wie nachhaltig und generationengerecht kann diese sozialpolitische (Fehl-)Steuerung ökonomischer Kernprozesse sein, wenn sie Altersarmut geradezu heraufbeschwört? Nichts anderes als Verarmung im Alter blüht den teilzeit- und schlecht bezahlten Beschäftigten von heute, weil sie niedrige Sozialversicherungsbeiträge abführen und kaum private finanzielle Möglichkeiten haben, für die Zeit nach der Erwerbstätigkeit vorzusorgen.

Läuten die politischen VerantwortungsträgerInnen die vom PARITÄTISCHEN in seinem Armutsbericht geforderte armutspolitische Kehrtwende nicht ein, indem sie den Trend eingeschränkter und selektierter Teilhabechancen am Arbeitsmarkt und die zunehmende Konzentration von Einkommen und Vermögen nicht stoppen, haben sie ihren zentralen sozialstaatlichen Auftrag einer Politik des Ausgleichs verfehlt.

Lea Rosenberg

Armut im Quartier

Aktuelle Tendenzen

9.000 Bewohnerinnen und Bewohner, davon 70 Prozent mit Migrationshintergrund, darin eingeschlossen rund 20 Prozent Russlanddeutsche, insgesamt 40 Prozent Ausländer, zum Teil mit doppelter Staatsangehörigkeit, verteilt auf 80 Nationalitäten: Das ist der Stadtteil, in dem der Verein Bürgerinitiative für Soziale Fragen (BSF) seit fast 40 Jahren als Gemeinwesenprojekt

und freier Träger der Jugendhilfe arbeitet.

Wir befinden uns in Marburg, im größten Stadtteil der Kommune. Der Richtsberg, von manchen auch Russberg genannt, obwohl das angesichts der Vielzahl von kulturellen Gruppierungen nicht ganz den Realitäten entspricht.



Dort ist auch die höchste Dichte von SGB II-Leistungsbezieher/innen der Stadt am Richtsberg zu finden, der zudem der kinderreichste Stadtteil ist. 1800 Kinder und Jugendliche sind unter 18 Jahren und häufig von Armut betroffen. Diese trockene Auflistung spiegelt eine Situation wider, die so in zahlreichen Gemeinden und Städten verstreut über die ganze Republik vorzufinden ist.

Armut zeigt sich nicht allein als Einkommens- und Vermögensarmut, sondern auch als Unterversorgung in elementaren Lebensbereichen wie Wohnen, Bildung, Ernährung, Gesundheit und Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben. Obwohl Marburg nicht arm ist, also in die Stadtteile mit besonderem Förderbedarf auf verschiedenen Wegen investiert, so kann die Stadt doch nicht losgelöst von bundesgesetzlichen Vorgaben und jenseits ökonomischer Tatsachen handeln. Auch wenn die Medien immer wieder

melden, dass der Anteil der Arbeitslosen zurückgegangen ist, dass die Arbeitenden weniger krank sind, dass die Kinderbetreuung optimiert ist, ja dass sich sogar der Anteil der Arbeitslosen unter den Migranten langsam verringert, kann man doch feststellen, dass das „Glück“ des Einzelnen - mit allen das Leben positiv beeinflussenden Faktoren - vermehrt auch dem Einzelnen und seinen Fähigkeiten überlassen bleibt.

Strukturelle Stützsyste me ziehen sich immer mehr aus der Verantwortung zurück und verschieben die Verantwortung zunehmend auf das Individuum.

Das ist häufig gleichbedeutend mit der Umverteilung der Kosten auf den Einzelnen. Es mag sein, dass in der Tendenz immer mehr Bewohner/innen des Richtsbergs einer Beschäftigung nachgehen, doch viele können trotzdem nicht davon leben.

Hartz IV und Niedriglohn

„Vermehrt fördern wir im Stadtteil beispielsweise niedrigschwellige Arbeitsangebote für ‚Einsteiger‘, die hauptsächlich aus dem Migrantenmilieu kommen. Sie sollen zunächst über Fortbildungen, sprachliche Hilfen, Praktika und Arbeiten, die über Ehrenamtszuschalen eine geringe finanzielle Anerkennung und Aufwandsentschädigung erhalten, an einen Arbeitsmarkt herangeführt werden, der sie erst einmal als Arbeitskraft akzeptiert. Der Bedarf ist hoch. Den Niedriglohnsektor können wir damit jedoch nicht aushebeln, so dass es für viele erst einmal nicht lohnend erscheint, im Vergleich zu dem, was die HARTZ IV-Gesetze bieten, arbeiten zu gehen. Tatsächlich ist ja erst kürzlich allgemein der Abbau der Reallöhne in den letzten Jahren neu konstatiert worden. Wird hier nicht kräftig gegengesteuert, so werden immer weniger von ihrer Arbeit eigenständig existieren können.“

Ein geringes Einkommen schränkt den Konsum für notwendige Dinge ein oder macht ihn unmöglich: So gilt für ALG II-BezieherInnen, dass seit der Abschaffung der einmaligen Beihilfen mögliche Reparatur- oder Ersatzleistungen von beispielsweise Haushaltsgeräten selbst aus dem Budget angespart werden müssen. Das stellt viele unserer Ratsuchenden vor ganz erhebliche Probleme, die nicht mehr strukturell beseitigt werden können, sondern von unseren Sozial- und Schuldnerberatern stets individuelle kreative Lösungen fordern. Was machen BewohnerInnen aus Städten und Landkreisen, die nicht über eine solche Stelle verfügen? Die Nachfrage ist groß und geht von überall bei uns ein“, so Karin Ackermann-Feulner, Geschäftsführerin des Vereins BSF.

Verzicht auf medizinische Leistung

Die finanzielle Armut geht darüber hinaus ein ungutes Bündnis mit der sich verschlechternden Gesundheitsvor- und -fürsorge ein. Von den technischen Fortschritten der Medizin profitieren die Menschen nur bedingt.

Seit Einführung der Praxisgebühr wird diese von vielen Bewohner/innen eingesparrt. Besonders offensichtlich ist das bei der Zahnvorsorge. Viele lösen auch die Rezepte des Arztes gar nicht ein, weil die Zuzahlung auf die Medikamente zu hoch ist. Natürlich gibt es die Möglichkeit, die Auslagen zurückzufordern, doch zunächst müssen sie selbst vorfinanziert werden.

Darüber hinaus sind von den gesetzlichen Krankenkassen etliche Behandlungen aus dem Leistungskatalog herausgenommen worden und müssen privat direkt beim Arzt oder gesondert privat Zusatzversichert werden.

Selbstgewählte Isolation

Im Stadtteil leben auch jetzt bereits zahlreiche alte Menschen von erbärmlichen Leistungen. Sie isolieren sich nicht allein auf Grund persönlich abnehmender Kraft und Gesundheit, sondern weil sie sich schämen, mit abgetragener Kleidung und wenig Geld auftreten zu müssen.

Die Kinder verwarlosen

Bei Kindern ist die mangelnde Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und an guter Bildung sehr bedrückend, da ihnen keine Handlungsmöglichkeiten zur Veränderung der Lebenssituation zur Verfügung stehen.

Die familiären Verhältnisse spiegeln sich bei den Kindern wider. Der Druck, der auf den Eltern lastet, wirkt sich aus: Die Kinder verwarlosen, innerlich wie äußerlich. In den Angeboten für Kinder und Jugendliche im Stadtteil wird viel Wert auf Stärkung des Selbstwertgefühls und eigener Ressourcen gelegt. Doch schützt das nicht das Gros der Kinder vor Mangel an guter häuslicher Ernährung, an guter gesundheitlicher Versorgung und vor fehlender Erfahrungs- und Ressourcenförderung.

Der Verein ist im Stadtteil Richtsberg sehr aktiv und auf breiter Ebene tätig. Im ganzheitlichen Kontext werden Beratungen und Maßnahmen für Kinder,

Jugendliche, Familien und Senioren aller Kulturen angeboten. Doch wendet Frau Ackermann-Feulner ein, dass sich grundsätzlich die Frage stelle, ob eine flächendeckende gute Ausstattung der Infrastruktur, Qualifizierung und Ausbildung für jede/n sowie ein den Lebensunterhalt deckender Verdienst nicht mehr Menschen erreichen und effektivere Erfolge zeigen würde als die vielen punktuell eingesetzten Einzelprogramme. Es bräuchte Mut für einen großen Wurf.

Annette Wippermann
Karin Ackermann-Feulner

Kontakt

Bürgerinitiative
für Soziale Fragen e.V. (BSF)
Damaschkeweg 96
35039 Marburg
Tel.: 06421/44122
Fax: 06421/46662
E-Mail: mail@bsf-richtsberg.de
www.bsf-richtsberg.de

Armut versus Teilhabe

Eine unendliche Geschichte?

„Armut herrscht vor, wenn die Lebenslagen von Personen oder Familien so weit unter den ‚mittleren‘ Lebensverhältnissen liegen, dass sie ausgegrenzt werden, selbst wenn sie das zum bloßen Überleben Notwendige haben und beispielsweise nicht hungern.“

Rudolf Martens,
Der PARITÄTISCHE Gesamtverband

Menschen, die in Armut leben, sind von vielem ausgeschlossen, das für die Mehrheit der Gesellschaft ganz normal ist. Für Menschen, die in Armut leben,





ist es praktisch unmöglich, ein Konzert, das Kino, eine Theatervorstellung oder ein Fußballspiel zu besuchen. Sie können kein Zeitungsabonnement bezahlen oder eine Reise machen.

Für Kinder und Jugendliche ist Armut besonders schwer zu ertragen. Das Erlernen eines Instruments, die Mitgliedschaft im Sportverein, der Ausflug der Schule ins Theater oder die Teilnahme an der Klassenfahrt - all diese Dinge kosten Geld. Geld, das Familien, die von Hartz IV leben, nicht aufbringen können. Und so werden Kinder aus armen Familien schon von klein auf von vielen Dingen ausgeschlossen, die für andere Kinder selbstverständlich sind.

Das mindert nicht nur die soziale Integration, sondern beschränkt die Persönlichkeitsentwicklung und die Bildungschancen in eklatanter Weise. Denn nachgewiesenermaßen hängt auch der Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen vom Einkommen der Eltern ab.

Um insbesondere Kindern und Jugendlichen die Teilhabe an kulturellen Ver-

anstaltungen und Institutionen sowie Freizeitangeboten zu ermöglichen, hat die Bundesregierung im Frühjahr 2011 das Bildungs- und Teilhabepakt (BuT) auf den Weg gebracht. Hierbei handelt es sich um ein Gutscheinsystem, das Kindern und Jugendlichen, die in Haushalten mit Hartz-IV-Bezug leben, gezielt Zugänge zu Musikunterricht, Sportvereinen oder Schülerhilfen schaffen soll. So weit die Theorie.

Im September letzten Jahres konnte man aufgrund einer Umfrage auf dem Deutschen Städtetag eine erste Bilanz ziehen. Die Tatsache, dass innerhalb eines halben Jahres lediglich gut ein Drittel aller anspruchsberechtigten Kinder Anträge gestellt hatte, wirft viele Fragen auf.

Bereits zu Beginn der Einführung wurde klar, dass die Antragstellung und der damit verbundene Verwaltungsaufwand in keinem Verhältnis stehen. Die komplizierten Bewilligungswege der Gutscheinleistungen überfordern nicht nur die zuständigen Behörden; viele der potenziellen Leistungsempfänger sind von den aufer-

legten Hürden der Beantragung abgeschreckt. Hinzu kommt, dass diese komplizierte Gutscheinsorganisation nicht mit den bestehenden Jugendhilfe- und Bildungssystemen der Länder abgestimmt ist. In Großstädten wie Berlin, Frankfurt oder München können an einer Schule schnell ein Drittel der Schülerinnen und Schüler berechtigt sein, Leistungen für etwa Mittagessen zu beziehen. Der Verwaltungsaufwand, der dann mit einer Finanzierung aus dem Bildungs- und Teilhabepaket einhergeht, muss aber von den Verwaltungskräften vor Ort noch zusätzlich organisiert werden.

Hinzu kommt, dass Menschen, die auf dem Land leben, zudem meist vor infrastrukturellen Problemen stehen, die ihnen sowohl die Beantragung als auch den Empfang von Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket verunmöglichen.

Grundsätzlich muss man festhalten, dass das Bildungs- und Teilhabepaket Versäumnisse im Bildungsbereich nicht ausgleichen kann. Hier muss von Seiten der Politik dringend nachgebessert werden.

Zu all dem mischt sich der fade Beigeschmack, dass das Bildungs- und Teilhabepaket nicht über die Tatsache hinwegtäuschen kann, dass die Hartz-IV-Regelsätze - insbesondere für Kinder - viel zu niedrig sind. Die Behauptung der Bundesregierung, nur mit der Ausgabe von Gutscheinen sei sicher zu stellen, dass das Geld nicht anderweitig ausgegeben werde, entbehrt jeder Grundlage. Auf die damit im vergangenen Jahr los getretene, unsägliche „Tabak-Alkohol-Diskussion“ im Bezug auf Hartz-IV-Empfänger soll hier nicht mehr weiter eingegangen werden.

Die mittlerweile steigende Zahl der Anträge auf Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket zeigt, dass diese Leistungen dringend benötigt werden. Jedoch stellt sich die Frage, ob dieses Paket nicht eher ein „Ablenkungspaket“ von den eigentlich drin-

gend benötigten Regelsatzanhebungen darstellt. Fakt bleibt, dass es Aufgabe der Bundesregierung ist, Kindern egal welcher Herkunft, welchen Geschlechts und welcher religiösen Orientierung einen Zugang zu Bildungs- und Kulturangeboten zu ermöglichen, sofern deren Familien diese Angebote nicht von sich aus nutzen können.

Das Bundesverfassungsgericht hat dies in seinem richtungsweisenden „Hartz-IV-Urteil“ vom 9. Februar 2010 klar erkannt, indem es die Teilhabe an soziokulturellen Freizeitaktivitäten als Grundbedürfnis und somit Teil des Existenzminimums bestimmt. Die darauf erfolgte Anhebung der Regelsätze um schrittweise 8 Euro grenzt an Augenwischerei und ist einmal mehr ein

Indiz dafür, dass die Bundesregierung die offenkundigen Probleme und Gefahren unserer gesellschaftlichen Entwicklung verkennt.

Gerade wurden in einer aktuellen Studie rund 10.000 Kinder im Alter von 9 bis 14 Jahren in ganz Deutschland zu Familie, Schule, Wohnumfeld, Freizeit, aktuellen Geschehnissen und Politik befragt. In Hessen haben 731 Schulkinder die Fragen beantwortet. Demnach hat jedes dritte Kind in Hessen Angst, als Erwachsener einmal arm, arbeitslos oder obdachlos zu sein. Die Studie brachte außerdem für manchen Erstaunliches zu Tage: allen Vorurteilen zum Trotz stehen nicht Computerspiele ganz oben in der Beliebtheitsskala der Schüler, sondern Sport!

Wir leben in einer Zeit, in der Armut und insbesondere Kinderarmut mitten in der Bundesrepublik bittere Realität ist. Wir leben in einer Zeit, in der die Zukunft unserer Kinder schon lange nicht mehr gesichert ist.

Die Bundesregierung verspielt hier kostbare Güter - das Wissen und die Kompetenzen vieler Kinder und Jugendlicher, die aufgrund der Herkunft und der Einkommensverhältnisse ihrer Familien chancenlos sind und bleiben. Bleibt die Hoffnung, dass die Verantwortlichen in der Politik diese Güter noch rechtzeitig erkennen und dafür sorgen, dass Kinder wieder „Kinderängste“ und keine Zukunftsängste haben!

Anne Leinweber

Armut – auch im ländlichen Raum?

Sontra, eine kleine Stadt mit ca. 9.000 Einwohnern, idyllisch gelegen im Werra-Meißner Kreis, war bis zum Jahrtausendwechsel mit einer guten Infrastruktur ausgestattet. Die Menschen dort hatten einen Arbeitsplatz und damit ein geregelttes Einkommen, mit dem sie ihren Lebensunterhalt bestreiten konnten. Nach der Grenzöffnung hatten der Einzelhandel und die heimische Wirtschaft einen Aufschwung erfahren.

Von einer beginnenden Armut war nichts oder nur wenig zu spüren. Es gab in Sontra, wie überall, Familien und Alleinlebende mit wenig Einkommen, es war aber in dieser ländlichen Region nicht augenscheinlich. Dann wurde aber die zunehmende Arbeitslosigkeit spürbar, immer mehr Väter und Mütter verloren ihre Arbeit, teilweise brachen in Folge auch die Familien auseinander oder es wurden von Beginn an keine traditionellen Familien mehr aufgebaut, der Anteil der allein Erziehenden hat rasant zugenommen. Diese Entwicklung bringt nicht nur mehr Selbständigkeit für jeden Einzelnen mit sich, sondern häufig auch finanzielle und menschliche Probleme. Was in den vergangenen Jahrzehnten durch familiäre Netze aufgefangen worden war, brach weg, und das Armutsrisiko bzw. die Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen stieg. Im Werra-Meißner Kreis

wurde, wie in vielen anderen Regionen auch, der demografische Wandel zu einem Problem. Immer mehr ältere Menschen leben allein, da ihre Kinder oder Angehörigen wegen eines Arbeitsplatzes weggezogen sind. Die Vereinsamung hat deshalb bei alten, aber auch bei den zurückgebliebenen jungen Menschen stark zugenommen.

Barbara Persch, die als Erzieherin in einer Kindertagesstätte diese Entwicklung über 20 Jahre mitverfolgte, will dem entgegenwirken. Sie hat mit anderen darüber diskutiert, Ideen und Projekte entwickelt und im Jahr 2008 als Initiatorin mit dem Bürgermeister der Stadt Sontra und acht weiteren Mitstreitern den „Bürgerhilfe Verein Sontra Land e. V.“ gegründet. „Wir wollen - und tun es bereits kräftig - Menschen, ob alt oder jung, die von einem geringen Einkommen leben müssen, unterstützen.

Wir wollen sie aus ihrer Isolation abholen und sie wieder in unsere Gesellschaft integrieren, denn sie gehören dazu,“ erläutert Barbara Persch das Ziel des Vereins.

Im Dezember 2008 wurde bereits ein erster Laden eröffnet, in dem tragbare Kleidung und noch brauchbare Haushaltsgegenstände entgegen genommen und gegen eine kleine Spende an Bedürftige ausgegeben werden. Kurz darauf folgte im gleichen Laden zusätzlich die Ausgabe von Lebensmitteln. Glücklicherweise zeigte sich der Vermieter von Beginn an sehr entgegenkommend und spendet die Mieteinnahmen an den Verein zurück.

Schnell zeigte sich, dass die Kombination von Bekleidung und Lebensmitteln in den gleichen Räumen nicht funktioniert. Deshalb wurde ein neuer Laden

angemietet. Er erhielt den Namen „Sontra Warenkorb“ und von dort werden seit Sommer 2009 ca. 130 bedürftige Menschen regelmäßig mit Lebensmitteln unterstützt. Im Kontakt mit diesen Menschen zeigte sich der Bedarf nach Orten zum Austausch, um Kontakte zu knüpfen oder zu pflegen, nach Beratung oder einfach nur nach einer Kaffeeecke. Viele junge Alleinerziehende oder auch ältere Menschen haben nicht das Geld, um sich im Café oder der Eisdielen mit Freunden zu treffen oder sich auszutauschen. Der Verein fand schnell Räume für eine Begegnungsstätte, die dann im Dezember 2011 unter dem Namen „Blickpunkt“ eröffnet wurde. Dem Verein ist es wichtig, dass nicht ein volles Programm diese Begegnungsstätte dominieren soll, sondern die Angebote sich entsprechend den Bedarfen der Besucher/innen entwickeln. So findet jetzt donnerstags von 15 bis 18 Uhr ein Treffpunkt junger Mütter und Väter statt, der von einer Tagesmutter angeleitet wird. Einmal monatlich haben Rentner/innen die Möglichkeit, sich beraten zu lassen. Außerdem sind Vortragsreihen zu verschiedenen Themen geplant. Eine erste Lesung mit über 40 Besucher/innen hat Anfang Januar stattgefunden. Der Hospizverein Eschwege will Gesprächskreise in Sontra anbieten.

So wachsen die Angebote langsam, die Menschen werden neugierig und wollen auch eingebunden werden. Eine neue Stätte der Kommunikation ist in Sontra entstanden.

„Unser Verein hat sich in den letzten dreieinhalb Jahren etabliert, und wir erfahren Bestätigung und Unterstützung in unserer Arbeit, man vertraut uns. Wir haben ca. 185 Mitglieder, davon arbeiten 50 Personen regelmäßig ehrenamtlich in der ‚Stoff-Wechsel-Stube‘, in ‚Sontra Warenkorb‘ oder im ‚Blickpunkt‘. Im vergangenen Jahr konnten wir beobachten, dass immer mehr Menschen die Scheu ablegen, um Hilfe zu bitten, um sich dann zweimal die Woche mit Lebensmitteln zu versorgen und damit ihr geringes Einkommen besser aufzuteilen. Sie brauchen jetzt nicht mehr



zur 16 km weit entfernten Eschweger Tafel zu fahren. Dadurch entstanden zusätzliche Fahrtkosten, was sich dann auch nicht mehr rechnete,“ so Barbara Persch.

Schwierigkeiten, Hilfe anzunehmen, haben besonders die älteren Menschen. Sie haben gelernt, im Leben zurecht zu kommen, und bitten nicht gerne um Unterstützung. Viele leben allein, einige sitzen mit Mänteln angezogen in ihren ungeheizten Wohnungen, um Heizkosten zu sparen. Häufig bedarf es einiger Gespräche, um sie zu überzeugen, Hilfe anzunehmen.

Auffällig zeigt sich die zunehmende Armut auch in den Supermärkten. Dort trifft man junge wie alte Menschen, die sich die Zeit vertreiben, verschiedene Artikel begutachten und wieder zurück ins Regal stellen und irgendwann ohne Einkauf das Geschäft verlassen. Sie nehmen am Konsum und dem täglichen Treffpunkt Super- oder Discountmarkt nur bedingt teil.

Viele Bedürftige haben jetzt in der Stoff-Wechsel-Stube die Möglichkeit gefunden, ihre Bekleidung zu erneuern oder zu ergänzen. Sie haben dort Ansprechpartner gefunden und sind Stammkun-

den geworden. Dies gibt auch den ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen eine Bestätigung, ihre Zeit sinnvoll einzusetzen. Einige sehen die Arbeit im Verein als „ihre“ Arbeit an. Finanziert wird der Verein durch Mitgliederbeiträge und Spenden, er erfährt guten Zuspruch bei der Bevölkerung, der heimischen Industrie, der Wirtschaft und den Banken.

So eine Erfolgsgeschichte könnte auch anderswo stattfinden, meint Barbara Persch: „Ich wünsche mir noch mehr Menschen, die nicht zu sehr mit sich und ihren Problemen beschäftigt sind, sondern sich ihrer Mitmenschlichkeit, Nächstenliebe, Toleranz und Verantwortung bewusst werden.“

Annette Wippermann
Barbara Persch

Kontakt

Barbara Persch
Bürgerhilfe Sontraer Land e.V.
Niederstadt 32
36205 Sontra
Tel: 05653/265657
info@buergerhilfe-sontra.de